



DIE PRÄSIDENTENWAHLEN – EINE AUSGEMACHTE SACHE?

■ VON DER REDAKTION

С НОВЫМ ГОДОМ – Frohes Fest! 2

■ KOMMENTAR

Machtwechsel als Hütchenspiel 2
Heinrich Vogel, Köln

■ GRAFIKEN UND TABELLEN ZUM TEXT

Das Wahlvolk folgt dem Präsidenten – Medwedjews Rating 6
Dmitrij Medwedjew in der Rolle des Präsidenten: die Meinung russischer Bürger 6
Vorstellungen von einem »nationalen Führer« in der russischen Öffentlichkeit 8

■ DOKUMENTATION

»Wladimir Ryschkow: An den Präsidentenwahlen teilzunehmen ist in der Praxis unmöglich« 11

■ UMFRAGE

Wie bewerten Sie die Arbeit der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen? 12

■ UMFRAGE

Was hat sich geändert: Die Jahre 2000–2007 in der Bewertung der Bevölkerung 14

■ CHRONIK

Vom 13. bis zum 20. Dezember 2007 17



Von der Redaktion

С НОВЫМ ГОДОМ – Frohes Fest!

Die Redaktion der »Russlandanalysen« geht in die Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe – Russlandanalysen 155 – erscheint am 1. Februar 2008. Für die ersten Nummern des neuen Jahres planen wir u.a. Beiträge über die Präsidentenwahlen, die Lage im Gesundheitswesen und die Entwicklung der russischen Wirtschaft.

Heute wünschen wir unseren Lesern aber ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr.

Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

Kommentar

Machtwechsel als Hütchenspiel

Heinrich Vogel, Köln

Zusammenfassung

Die Dumawahlen erwiesen sich als überorganisierte, wenig spannende Etappe auf dem Weg zur Apotheose – der Inthronisierung des Nachfolgers für Wladimir Putin. Mit der Aufstellung Dmitrij Medwedews als Kandidat für die Präsidentenwahlen ist nun die letzte Phase des Machtwechsels eingeleitet worden. Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident wird zum Präsidenten aufsteigen, der Präsident wird seinerseits den Hut des Ministerpräsidenten aufsetzen. Die Gründe für dieses Hütchenspiel mit den Kernelementen der Verfassung lässt die Kremladministration im Dunklen. Es lässt sich aber vermuten, dass es den Beteiligten vor allem darum geht, den *Status quo* zu bewahren. Das Verwirrspiel mit den Institutionen der Verfassung (Präsident, Kabinett, Sicherheitsrat, Duma, Parlamentspräsident, Gesellschaftsrat) zeigt aber aufs Neue, dass das politische System Russlands immer noch in einer Übergangsphase steckt und keineswegs gefestigt ist.

Parlamentswahlen als Referendum

Atemlose Kommentare und tiefgründige Analysen in Russland wie auch im Ausland vermittelten den Eindruck, ein überzeugendes Ergebnis des offen so genannten Putin-Referendums sei von existenzieller Bedeutung für den Bestand des russischen Staates. Im Rückblick erweist es sich als überorganisierte, wenig spannende Etappe auf dem Weg zur Apotheose – der Inthronisierung des Nachfolgers für Wladimir Putin im Amt des Präsidenten der Russischen Föderation.

Der allgemein akzeptierte Mythos vom unentbehrlichen, durch nichts und niemanden zu ersetzenden Regenmacher ließ dem Wähler keine Wahl. Problem war nur die Höhe des programmierte Sieges, auch wenn Wladislaw Surkow, einer der Regisseure im Kreml, schon Anfang November die beruhigende Parole ausgegeben hatte: »Kommen Sie zu den Wahlen und wählen Sie, wen immer Sie wählen wollen. Es wird sowieso alles richtig sein«. Und so erreichte »Einiges Russland« unter der Führung Wladimir Putins mit 64,3 Prozent der abgegebenen Stimmen eine Mehrheit, die unter anderen Bedingungen als eindrucksvoll bezeichnet werden

könnte. Zusammen mit den Hilfstruppen der »Liberaldemokraten« und »Gerechtes Russland« gebietet Putin jetzt über 393 der 450 Sitze in der Duma.

Ein wesentlich anderes Ergebnis hatte ohnehin niemand ernsthaft erwartet.

Die vernichtende Niederlage der demokratischen Parteien »Jabloko« und »Union der rechten Kräfte«, zu einem erheblichen Teil selbst verschuldet, war in dieser Größenordnung nichts weniger als das Ergebnis einer beispiellosen Hasskampagne und skandalöser Behinderungen im Wahlkampf. Man geht zudem kaum fehl in der Annahme, dass sich die Manipulation der Wahlergebnisse in besonderem Maße auf diese Parteien konzentrierte.

Dennoch ist das Konzept der Wahlen als alternative symbolische Handlung nicht ganz aufgegangen. Die Wahlbeteiligung lag unter der angepeilten Idealmarke von 70 Prozent (immerhin 40 Millionen blieben der Wahl fern) und 800.000 gaben ungültige Wahlscheine ab. Keine Überraschung war das Abschneiden der Kommunisten mit achtbaren 11,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Dass sich zudem aber noch 15,8

Prozent mit ihrer Entscheidung für Liberaldemokraten und »Gerechtes Russland« der Massenhypnose des Wahlkampfes »Für Putin« entzogen und eben doch nicht ganz »richtig« wählten, verdient Beachtung. Jedenfalls wurde der offensichtlich angestrebte Durchbruch zum Zweiparteiparlament verfehlt.

Sicher wäre es verfehlt, darin die Regung eines ausgeprägt demokratischen Widerwillens des Wahlvolks gegen die Einheitsparolen Kreml zu sehen, zumal die zuletzt genannten Parteien als loyale Hilfstruppen des Kreml bekannt waren. Die Abneigung der weit überwiegenden Mehrheit gegen Veränderungen im bekannten Führungspersonal ist zweifellos echt. Trotzdem bleibt für die Spin-Doktoren ein schales Gefühl, wenn so viele Wähler (zusammen mit den Kommunisten immerhin 27,4 Prozent) der Partei der Macht ihre Stimme verweigern. Deren Aufwertung durch den Glanz des Präsidenten ist nur bedingt gelungen, denn allzu viele haben den Trick der Gleichsetzung von Präsident und »Einiges Russland« durchschaut. Ihr unbeirrbares Misstrauen gegenüber den Bürokraten und Hofschranzen der Macht passt jedenfalls nicht ins Bild der propagierten umfassenden Harmonie.

Von Referendum zu Referendum

Nimmt man die höchst unspontanen Versammlungen von »Für Putin« unter dem Motto »Wladimir Wladimirowitsch – ohne Dich ist unser Land verloren« und Putins programmatische Feststellung vom 18. Oktober 2007, das politische System Russlands müsse für die nächsten 15–20 Jahre »von Hand gesteuert« werden, dann bleibt mit Blick auf die Wahl des Präsidenten nur eine Variante, bei der Putin in der einen oder anderen Funktion das Ruder in der Hand behält.

Umso wichtiger wurde nach dem partiellen Prestigeverlust der Dumawahl die reibungslose Umsetzung des »Projekts 2008« – einer Nachfolge, die eigentlich keine sein soll und deren Konstruktion bis zum letzten Moment als Staatsgeheimnis gehandelt wird. Drei Monate vor dem Termin der Präsidentenwahl startete das ganze Land noch immer auf den Kreml in Erwartung erlösender Nachrichten über einen möglichen Thronfolger (gehandelt wurden Surkow, Iwanow und Medwedjew). Gleichzeitig aber machten die widersprüchlichsten Gerüchte die Runde – von der Änderung der Verfassung über eine Unterbrechung der Amtsführung mit dem Ziel der erneuten (diesmal verfassungskonformen) Kandidatur Putins, den Transfer zentraler Machtfunktionen auf einen Vorsitzenden der Duma bzw. Ministerpräsidenten oder Sekretär des Sicherheitsrats Putin, die seit langem auf Eis gelegte Union von Russland und Belarus unter einem Präsidenten Putin bis zur neuen »Konfiguration der Macht« mit der transkonstitutionellen Figur eines »Nationalen Führers« Putin.

Keine Variante war zu absurd, um im hektischen Rätselraten nicht ernsthaft hin- und hergewendet zu werden. Am 11. Dezember wurde die Situation dann doch als nicht länger vertretbar erkannt, denn Putin sprach sich öffentlich (immerhin eine Woche vor dem für die Kandidatenkür von »Einiges Russland« vorgesehenen Termin) für den schon fast abgeschriebenen Dmitrij Medwedjew aus, den offenbar einzigen »anständigen, effizient arbeitenden und modernen Menschen«, der in Betracht kam. Dieser revanchierte sich artig mit der Ankündigung, Putin für das Amt der Ministerpräsidenten vorschlagen zu wollen. »Einiges Russland« bestätigte dann auf seinem Kongress am 17. Dezember das Arrangement mit nur einer Gegenstimme und Putin erklärte sich ein weiteres Mal bereit, als Ministerpräsident zu fungieren, vorausgesetzt, »die Bürger vertrauen Medwedjew und wählen ihn zum neuen Präsidenten«. Damit ist auch die Wahl des neuen Präsidenten zum Putin-Referendum geworden.

Jenseits des Verfassungsstaats

Die Funktionsweise des aktualisierten Systems Putin wird am besten mit der Situation des Fahrschulunterrichts umschrieben: Der Lehrer im Beifahrersitz hat alle Möglichkeiten, selbst Gas zu geben oder die Bremse zu betätigen, bei Gefahr im Verzug kann er auch den Zündschlüssel ziehen und den Wagen selbst weitersteuern. Der Behördenvertreter auf dem Rücksitz, der über die Erteilung des Führerscheins befindet, bleibt anonym. Im Klartext: Medwedjew ist Präsident auf Widerruf.

Das Arrangement kann jederzeit zugunsten einer weiteren Amtszeit für Putin oder einer veränderten Aufgabenverteilung zwischen Präsident und Ministerpräsident revidiert werden. Aber ist es plausibel anzunehmen, dass Putin wirklich so machtbesessen ist, dass er den persönlichen Ruhm eines Retters des Vaterlandes für die Risiken eines komplizierten Amtes in der Exekutive aufs Spiel setzt? Dort muss er nämlich beweisen, dass er realisieren kann, was er als Präsident während der letzten Jahre mit wohlgesetzten Worten angemahnt hatte, aber nicht umsetzen musste: Die Modernisierung der Infrastruktur, die Diversifizierung der Wirtschaft und vor allem die Überwindung des Widerstands einer korrupten Bürokratie.

Plausibel ist diese Erklärung nicht. Eher schon, dass er in die Pflicht genommen wurde mit Argumenten, denen er sich nicht entziehen kann. Andernfalls hat Putin noch andere Optionen: Er kann sich aufs Altenteil eines »Nationalen Führers« zurückziehen oder er kann das »Schröder-Szenario« wählen – als Aufsichtsratsvorsitzender von Gasprom in der Freiheit der *Global Actors* von Davos ein großes Rad drehen.

Die möglichen Gründe für das Hütchenspiel mit den Kernelementen der Verfassung liegen im Dun-

keln einer völlig undurchsichtigen Kremladministration. Optimistische Analysen suchen Trost im Persönlichkeitsprofil des russischen Präsidenten, der als »kühler Realist« nur den Zeitpunkt noch nicht gekommen sehe, die russische Gesellschaft in offeneres Fahrwasser zu entlassen. Offen bleibt in diesem Erklärungsmuster allerdings, warum er sich dann den geradezu flehentlichen Anträgen verweigerte, die Präsidentschaft um den Preis der Verfassungsänderung weiter zu führen? Verfassungskonservatismus allein ist kein plausibles Motiv angesichts des im Übrigen eher robusten Umgangs des Kreml mit der Macht.

Der Bewahrer des *Status quo*

Einen besseren Zugang bieten die geradezu manische Fixiertheit der politischen Eliten und der gesamten Bürokratie auf die Person des Amtsinhabers als dem bewährten Garanten der akkumulierten Besitzstände, vor allem aber die spezifische Gemengelage von Politik und Wirtschaft in einem jeglicher rechtstaatlicher Kontrolle entzogenen nachrichtendienstlichen Milieu. Hauptmotiv allen Handelns der Eliten ist der Zugang zur Insiderinformation, mit deren Hilfe politische wie wirtschaftliche Funktionsträger enorme Vermögen abzweigen können. Dabei ist das Machtgleichgewicht zwischen den Akteuren in Staat, Wirtschaft und Verwaltung durch den stets möglichen Zugriff auf kompromittierendes Material über die Konkurrenten, d.h. einen Zustand permanenter wechselseitiger Erpressung definiert; formale Gründe für die Einleitung von Strafverfahren und öffentliche Ächtung finden sich immer. Dies ist auch der Grund für das Interesse aller Beteiligten an herausgehobenen Funktionen, zumal wenn diese durch die Immunität eines Duma-Mandats abgesichert sind. Es ist dieser *Status quo*, nicht das Wohl der *Res Publica*, der das Denken der neuen Nomenklatura beherrscht und der heute mit Zähnen und Klauen verteidigt wird.

Vielleicht haben auch diejenigen Recht, die hinter der hektischen Suche nach einer angemessenen Rolle für Putin lediglich das Motiv vermuten, ihm nach bewährtem Vorbild Vermögen und Immunität gegen Strafverfolgung in Russland wie auch im Ausland zu sichern. Nach dieser Theorie sind peinliche Enthüllungen zu erwarten, und so ist es kein Wunder, dass sich die bisher streng gewahrte Diskretion an vielen Stellen auflöst und die Umriss der Clanstrukturen und Funktionsprinzipien des »Systems Putin« in öffentlichen Beschuldigungen und sogar gewalttätigen Auseinandersetzungen ans Licht kommen. Dass dabei sogar der »nationale Führer« ins Gerede kam, gehört zu den sicher nicht beabsichtigten Nebeneffekten einer gewagten Konstruktion für den Erhalt der Macht.

Zweifellos machen sich die Regisseure Sorgen wegen des Restrisikos, der gefeierte Wirtschaftsjurist aus Sankt

Petersburg könnte Geschmack an den Prärogativen seines neuen Amtes finden und die aktuelle Verteilung von Staats- und Wirtschaftsfunktionen mit ihren Pfründen ins Rutschen bringen. Eine andere Frage ist, ob ein Medwedjew den unverzichtbaren Part des Organisations jenes prekären Gleichgewichts zwischen verfeindeten Clans beamteter und geheimdienstlicher Profiteure richtig spielen kann, oder ob er diesen Platz hinter den Kulissen nicht doch seinem Mentor überlassen sollte. Viele Beobachter vor Ort hegen Zweifel, ob er es schafft, die Silowiki an die Kandare zu legen. Nichts bezeichnet die Instabilität der russischen Innenpolitik besser als die Tatsache, dass heute, nicht anders als zu Jelzins Zeiten, nahezu alles für möglich gehalten werden kann und auch gehalten wird.

Der Rand des Faschismus

Mit acht Jahren Verzögerung scheint sich eine Art Weimar-Syndrom einzustellen, das politisch eingefangen werden muss. Die gebetsmühlartige Wiederholung von Erinnerungen an die Traumata der Jelzin-Jahre und die Heldentaten Putins reicht auf die Dauer sicher nicht aus, den wachsenden Unmut der Bevölkerung über steigende Inflationsraten, zunehmende soziale Spannungen und die schamlose Korruption auf allen Ebenen des Staates zu entschärfen. Diese Funktion könnte über den Wahlkampf hinaus die parteiübergreifend konzipierte Bewegung »Für Putin« (dazu die Jugendorganisation »Naschi«) mit ihren üppig finanzierten Massenveranstaltungen, ihren chauvinistischen Parolen und ihrem absurden Feindbild erfüllen. Angesichts der Slogans dieser Bewegung fällt es schwer, Erinnerungen an die Propaganda der Nationalsozialisten beim Referendum nach dem Anschluss in Österreich im Jahr 1938 mit ihrem Motto »Dein Ja dem Führer!« zu unterdrücken. Die Techniken faschistischer Massenmanipulation und Mobilisierung haben sich nicht verändert, und ihre Eigendynamik sollte nicht unterschätzt werden.

Gewiss haben alle historischen Analogien ihre Mängel – so lag die Zustimmung für »Einiges Russland« nur in Tschetschenien und Inguschetien auf der Höhe des Ergebnisses der Nazis von 1938 (für den Durchschnitt der Russischen Föderation wären 99 Prozent ohnehin unerwünscht gewesen). Die Rolle des »Führers« der »Partei der Macht« kann auch in der Tradition eines Generalsekretärs der KPdSU gesehen werden; die neue Einheitsideologie hat schließlich auch Ähnlichkeit mit den Glaubensbekenntnissen der Jahre vor 1989, in denen »Partei und Volk eins« waren.

An dieser Stelle lohnt es deshalb, die ideologischen Manifeste Wladislaw Surkows nachzulesen, besonders das Manuskript seines Vortrags vor der Akademie der Wissenschaften über »Die politische Kultur Russlands«. Der Chefpropagandist des Kreml greift

darin bezeichnenderweise auf den Philosophen Berdjajew (1874–1948) zurück, der die russische Kultur (im Gegensatz zur »analytisch differenzierenden« Kultur Europas) als »religiös-synthetisch«, »intuitiv« und »holistisch« definierte. Auf der Suche nach der Ideologie für das heutige Russland spitzt Surkow diesen Gegensatz weiter zu: »Die Synthese kommt vor der Analyse, der Idealismus vor dem Pragmatismus, die Bildhaftigkeit vor der Logik, die Intuition vor der Vernunft und das Ganze vor den Einzelteilen.«

Dieses bemerkenswert unpolitische Weltbild (für Surkow die »genetische Formel unserer nationalen Kultur«) bildet dann die Grundlage für drei »Besonderheiten der politischen Praxis« in Russland:

- das »Streben nach Einheitlichkeit durch Zentralisierung der Machtfunktionen«,
- die »Idealisierung der Ziele im politischen Kampf« und
- die »Personifizierung politischer Institutionen«.

Surkows Formulierungen sind mehr als russisch-neokonservative Wahlkampfyrik und auch mehr als patriotische Erbauungsliteratur. Hier wird politisches Gift aus dem ideologischen Urschlamm des beginnenden 20. Jahrhunderts reaktiviert. Einziger Unterschied zum deutschen und europäischen Faschismus jener Zeit ist das Fehlen eines zur Doktrin erhobenen Rassismus.

Stabilität ohne Fundament?

Das Verwirrspiel mit den Institutionen der Verfassung (Präsident, Kabinett, Sicherheitsrat, Duma, Parlamentspräsident, Gesellschaftsrat) hat aufs Neue gezeigt, dass das politische System Russlands immer noch in einer Übergangsphase struktureller Labilität steckt. Die rivalisierenden Seilschaften der Führungseliten haben den Belastungstest eines offen demokratischen Wahlkampfs und eines echten Machtwechsels vereitelt. Gesichert ist nur der Vorrang der Loyalität vor der Legalität.

Auch wenn mit einem »Duma-Wahl« genannten Referendum die Fassade der neuen Stabilität frisch gestrichen wurde, so ist doch die Angst der neuen Oligarchie vor dem Volk unübersehbar. Und sie ist berech-

tigt, denn jede Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums, jede Gefährdung der inneren Sicherheit und jeder politisch artikulierte Protest gegen die wachsende soziale Ungleichheit kann eine destabilisierende Dynamik entfalten, die mit »Handsteuerung« schwer unter Kontrolle zu halten sein wird. In solchen Krisen erweisen sich Staaten mit funktionierenden Institutionen, d.h. ausbalancierter Gewaltenteilung und effizienter Verwaltung stabiler.

Theoretisch ist immer noch nicht auszuschließen, dass die Kandidatur Medwedjews einen Übergang zur parlamentarischen Demokratie eröffnet – vielleicht auch nur aus Versehen. Mindestens ebenso möglich sind aus heutiger Sicht eine Parallelstruktur von Partei und Staat nach sowjetischem Vorbild, vor allem aber die Realisierung der »neuen Konfiguration der Macht« mit einem »Nationalen Führer« außerhalb oder jenseits der Verfassung. Insbesondere Putins Jonglieren mit extrakonstitutionellen Begriffen wie »moralisches Mandat« (verständlich nur als Gegensatz zum Mandat der Verfassung) und die Eskalation des Personenkults zum Führerkult lassen kein Ende der Überraschungen absehen, zumal die Träume am Rande des Faschismus nicht auf eine autoritär denkende Führung beschränkt sind.

In jedem Fall dürfte es einige Mühe bereiten, die mit so viel Aufwand in Gang gebrachte Bewegung »Für Putin« und die Kampagne für eine von »Einiges Russland« propagierte »Bürgerversammlung« (»*Grazhdanskij Sobor*«) wieder einzufangen. Immer noch steht die Ankündigung im Raum, die Ergebnisse der Duma- und der Präsidentenwahlen im März in diesem Rahmen »bestätigen« zu lassen, einen »Bürgerpakt für Einheit« zu verabschieden und den »Nationalen Führer« als neue Institution und zugleich »Garantie für Kontinuität und Unumkehrbarkeit« des politischen Kurses zu wählen. Begründet wird diese Konstruktion mit der Bedrohung durch eine notorisch-antirussische Gegenwart. Sollte diese Variante realisiert werden, kann die Diskussion über Demokratie in Russland wieder einmal auf eine fernere Zukunft vertagt werden.

Über den Autor

Heinrich Vogel, Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1976–2000, Associate Professor, Universität Amsterdam

Lesetipps

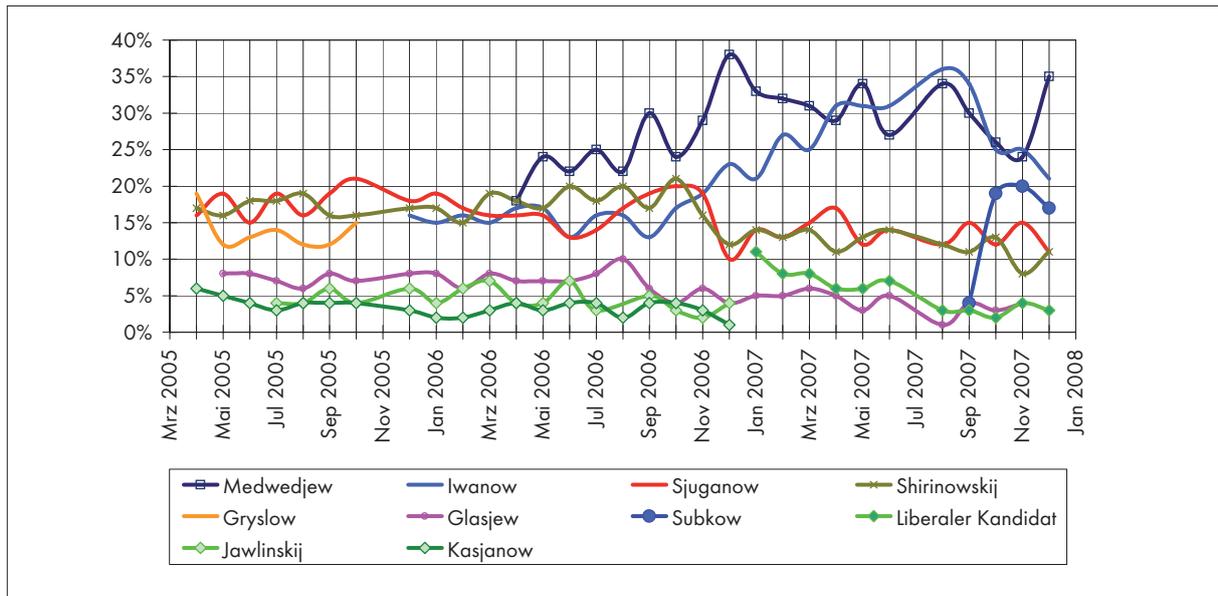
- Wladislaw Surkow: »Die politische Kultur Russlands« (auf Russisch nachzulesen auf der Homepage von »Geeintes Russland«: <http://www.edinros.ru/print.html?id=121456>)
- House of Commons. Foreign Affairs Committee: Global Security: Russia. Second Report of Session 2007–08. <http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200708/cmselect/cmfaff/51/51.pdf>
- Lilia Shevtsova: Post-communist Russia: a historic opportunity missed, in: International Affairs, 83.2007, Nr. 5 (September 2007), S. 891–912 <http://www.blackwell-synergy.com/doi/pdf/10.1111/j.1468-2346.2007.00661.x>, 1. November 2007
- Ariel Cohen: Domestic Factors Driving Russia's Foreign Policy. Backgrounder #2084, November 19, 2007 http://www.heritage.org/Research/RussiaandEurasia/upload/bg_2084.pdf

Grafiken und Tabellen zum Text

Das Wahlvolk folgt dem Präsidenten – Medwedjews Rating

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <http://www.levada.ru/vybery2008.html>

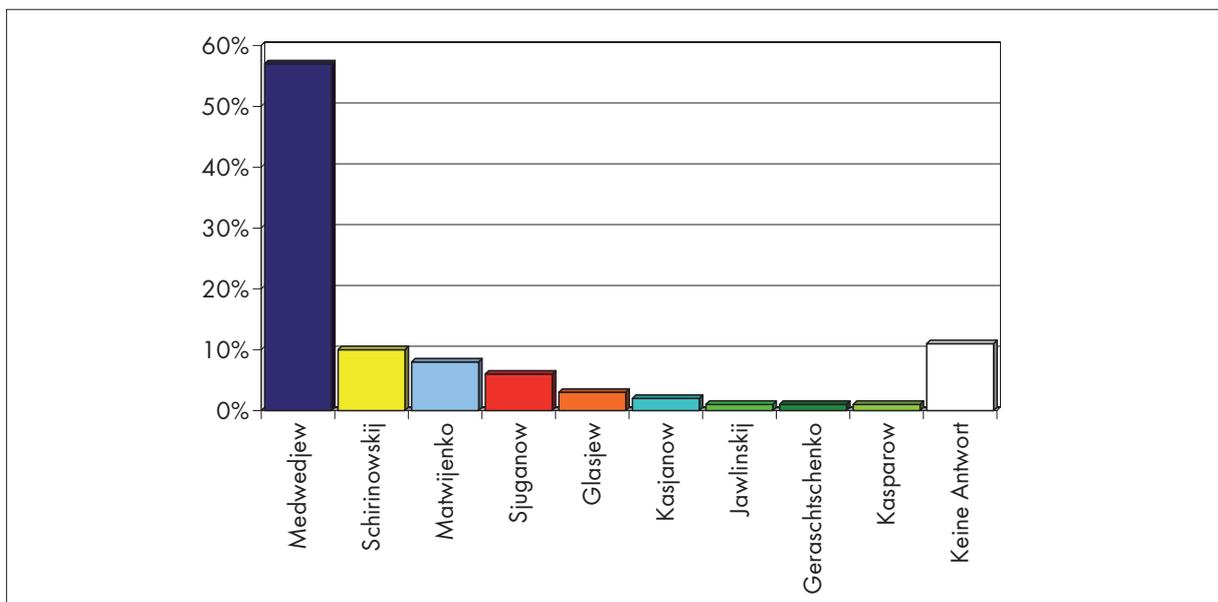
Wenn nächsten Sonntag Präsidentschaftswahlen wären, für welchen Kandidaten würden Sie stimmen?



Dmitrij Medwedjew in der Rolle des Präsidenten: die Meinung russischer Bürger

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 8.–9. Dezember <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9343.html>

Für wen würden Sie stimmen, wenn nächsten Sonntag die Präsidentschaftswahlen wären?

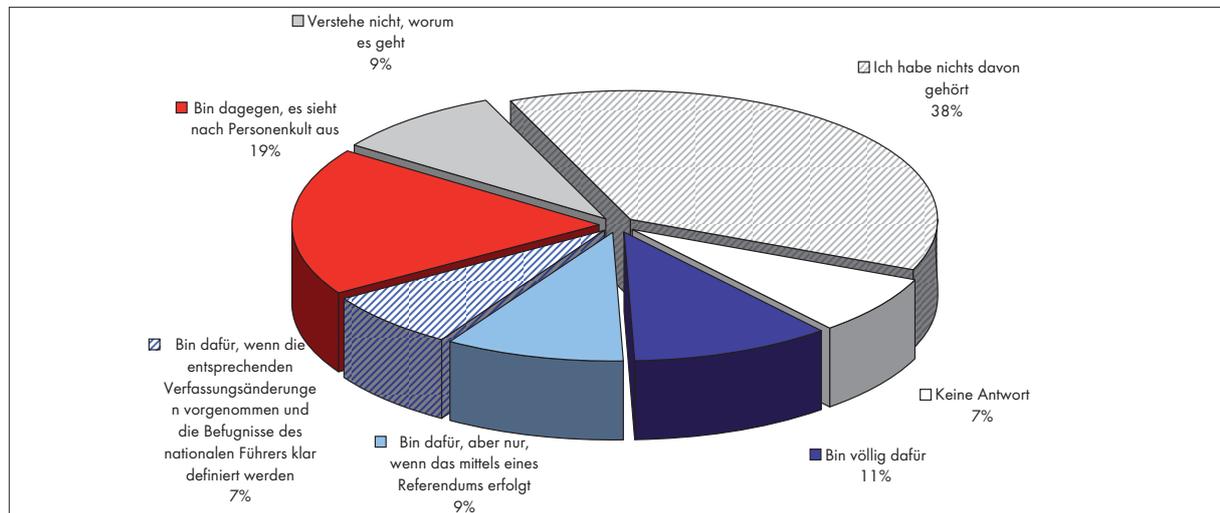


	Insgesamt	Anhänger politischer Parteien			
		»Einiges Russland«	KPRF	LDPR	»Gerechtes Russland«
Stellen Sie sich vor, dass an den nächsten Präsidentschaftswahlen unter anderen Kandidaten ein Politiker teilnehmen wird, der offen von Wladimir Putin unterstützt wurde, sein »Nachfolger«. Wen würden Sie in diesem Fall eher wählen?					
Eher den Nachfolger Putins	57%	77%	22%	26%	47%
Eher einen anderen Politiker	16%	6%	51%	55%	27%
Keine Antwort	27%	17%	27%	19%	26%
Welchen der russischen Politiker könnte Wladimir Putin Ihrer Meinung nach als seinen »Nachfolger« bestimmen?					
Dmitrij Medwedjew	18%	22%	9%	15%	15%
Sergej Iwanow	16%	18%	15%	11%	14%
Wiktor Subkow	14%	17%	14%	13%	15%
Boris Grislow	5%	5%	4%	8%	4%
Sergej Mironow	3%	2%	1%	3%	17%
Sergej Sobjanin	2%	2%	2%	2%	-
Walentina Matwijenko	2%	2%	-	2%	3%
Einen anderen Politiker	3%	1%	8%	9%	4%
Keine Antwort	37%	31%	47%	37%	28%
Stellen Sie sich vor, dass Wladimir Putin Dmitrij Medwedjew als seinen Nachfolger bestimmt hat. Für welchen folgender Kandidaten würden Sie eher Ihre Stimme abgeben, wenn die Präsidentschaftswahlen am nächsten Sonntag stattfinden würden?					
Medwedjew	57%	72%	25%	25%	53%
Schirinowskij	10%	5%	1%	65%	5%
Matwijenko	8%	8%	2%	3%	10%
Sjuganow	6%	2%	63%	-	4%
Glasjew	3%	2%	4%	3%	6%
Kasjanow	2%	2%	2%	1%	2%
Jawlinskij	1%	0%	-	2%	3%
Geraschtschenko	1%	1%	1%	-	2%
Kasparow	1%	0%	-	-	1%
Keine Antwort	11%	8%	3%	2%	12%

Vorstellungen von einem »nationalen Führer« in der russischen Öffentlichkeit Beim Lewada-Zentrum...

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23. November 2007 <http://www.levada.ru./press/2007120504.html>

Was halten Sie von den Plänen, Putin zum nationalen Führer zu erklären?



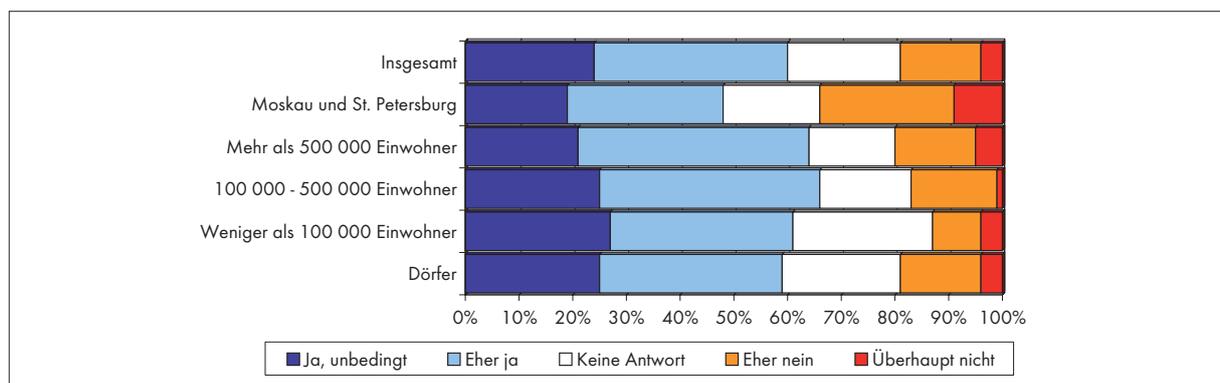
Bin völlig dafür	17%
Bin dafür, aber nur, wenn das mittels eines Referendums erfolgt	15%
Bin dafür, wenn die entsprechenden Verfassungsänderungen vorgenommen und die Befugnisse des nationalen Führers klar definiert werden	12%
Bin dagegen, es sieht nach Personenkult aus	30%
Verstehe nicht, worum es geht	14%
Ich habe nichts davon gehört	61%
Keine Antwort	12%

... und beim WZIOM

Quelle: Umfragen des VCIOM vom 9.-10. November 2007

<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9312.html>

Braucht Russland einen »nationalen Führer«?



Braucht Russland einen nationalen Führer?

Einige glauben, dass unser Land einen Nationalen Führer braucht. Teilen Sie persönlich diese Meinung?

	Insgesamt	Moskau und St. Petersburg	Mehr als 500 000 Einwohner	100 000 – 500 000 Einwohner	Weniger als 100 000 Einwohner
Ja, unbedingt	24%	19%	21%	25%	27%
Eher ja	36%	29%	43%	41%	34%
Eher nein	15%	25%	15%	16%	9%
Überhaupt nicht	4%	9%	5%	1%	4%
Keine Antwort	21%	18%	16%	17%	26%

Was bedeutet Ihrer Meinung nach der Begriff »Nationalführer«, was ist das für ein Mensch?

Ein Mensch, der das Vertrauen des Volkes genießt	6%
Eine Autoritätspersönlichkeit, eine Autorität für das Volk, die von allen geachtet wird	5%
Ein Führer der Nation, des Landes, der das Volk zusammenbringt	5%
Ein Mensch, dem Russland, das Volk, die Massen folgen	4%
Eine starke Persönlichkeit, mutig	4%
Ein Beschützer des Volkes, verteidigt Interessen des Volkes	3%
Ein Mensch, der »für die Entwicklung des Landes kämpft«, der »das Land aus der Krise führen würde«	3%
»Er muss sich um das Volk, Russland sorgen«, »ein Kämpfer für das Volk und Russland sein«	2%
Ein Führer, der »die Massen hinter sich bringt«	2%
Ein Mensch, der seine Heimat liebt, Patriot	2%
Ein russischer Mensch	2%
Wie Putin	2%
Willensstark, zielstrebig	1%
Ein Mensch, der sich für Interessen Russlands einsetzt	1%
Ein bekannter Mensch	1%
Ein Nationalist, Rassist	1%
Einer wie Lenin, Stalin, Castro	1%
Ehrlich, unbestechlich	1%
Ein anständiger Mensch	<1%
Ein Mensch, der das Vertrauen des Volkes genießt	<1%
Ein Held	<1%
Solche darf es nicht geben	<1%
Anderes	1%
Keine Antwort	52%

Welche Eigenschaften muss ein Nationalen Führer Ihrer Meinung nach haben?

Ehrlich, gewissenhaft, mit Prinzipien, anständig, selbstlos	24%
Klug, vernünftig, weise	13%
Stark, standhaft, fest	8%
Gerecht	7%
Dominant, willensstark, hart	5%
Professioneller, kompetenter, gebildeter Politiker	5%
Verantwortungsbewusst, hält sein Wort	5%
Zielstrebig, beharrlich, entschlossen	5%
Sorgt sich um das Volk, um einfache Menschen	4%
Patriot, liebt Russland	4%
Gebildet	4%
Autoritativ	3%
Besitzt die Kompetenz, das Land zu regieren, ein Führer	3%
Volksnah, liebt das Volk, Liebling des Volkes	2%
Aktiv, initiativ	2%
Diplomatisch, korrekt, weitsichtig	2%
Unabhängig, eigenständig	2%
Offen, einfühlend	2%
Fleißig	2%
Charismatisch	2%
Muss das Vertrauen und die Achtung des Volkes genießen	1%
Muss Interessen Russlands in der Welt verteidigen	1%
Intelligent	1%
Wortgewandt	1%
Unkorrupt, unbestechlich	1%
Kühn	1%
Bekannt	<1%
Kommunikationsfähig	<1%
Mutig	<1%
Jung	<1%
Anderes	1%
Keine Antwort	44%

Einige ziehen die Option in Betracht, dass im März ein neuer Präsident gewählt wird und Wladimir Putin seinen Einfluss als Nationaler Führer behält. Was halten Sie persönlich davon?

	Insgesamt	Anhänger politischer Parteien			
		»Einiges Russland«	KPRF	LDPR	»Gerechtes Russland«
Bin eher dafür	55%	68%	32%	37%	58%
Bin eher dagegen	22%	15%	49%	41%	21%
Keine Antwort	23%	17%	19%	22%	21%

Dokumentation

»Wladimir Ryschkow: An den Präsidentenwahlen teilzunehmen ist in der Praxis unmöglich«

Erklärung von Wladimir Ryschkow

Liebe Freunde und Mitstreiter!

Nach ernsthafter Überlegung habe ich den Entschluss gefasst, die Vorbereitungen zu meiner Teilnahme an den Präsidentenwahlen einzustellen. Die Gründe sind folgende:

1) 2007 hat die russische Staatsmacht die Auflösung (das Verbot) unserer Republikanischen Partei Russlands (RPR) erreicht. Mit dieser Frage sind wir vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gezogen. Im Ergebnis hat die RPR mit der Auflösung das Recht verloren, auf einem Parteitag einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen.

2) Das neue Gesetz zur Wahl des russischen Präsidenten hat ihre Durchführung faktisch verboten. De facto wurde für Kandidaten ein zweifacher Wahlzensus eingeführt – ein materieller und ein administrativer. Mieten eines Versammlungssaals, eine Initiativgruppe mit mindestens 500 Mitgliedern, eine notariell beglaubigte Erklärung jedes einzelnen Initiators, 2.000.000 Unterschriften aus mindestens 50 Regionen des Landes, gesammelt innerhalb eines Monats, all das erfordert Ausgaben von mehreren Hundert Millionen Rubel (materieller Zensus). Doch selbst, wenn man diese Barriere erfolgreich überwunden hat, können die dazu bevollmächtigten Beamten die Registrierung der Kandidatur unter jedem beliebigen pseudogesetzlichen Vorwand verweigern (administrativer Zensus). Das System ist so ausgerichtet, dass Kandidaten ausschließlich durch

- vom Kreml zugelassene Parteien
- die Präsidentenadministration mit ihren enormen finanziellen Ressourcen aufgestellt werden können.

3) Ich habe die praktische Erfahrung gemacht, dass ein oppositioneller Kandidat keinen Saal mieten kann, keinen Notar findet, keine Büroräume für die Sammlung von Unterschriften findet, solange es gegen ihn ein verdecktes Verbot von Seiten der Staatsmacht gibt. Mehr noch: Den Unterschriftensammlern wird mit polizeilicher Verfolgung und sogar physischer Gewalt gedroht.

Unter diesen Bedingungen ist die Durchführung von auch nur ansatzweise fairen Präsidentenwahlen unmöglich. Russische Staatsbürger haben, in direktem Widerspruch zur Verfassung, das Recht verloren, zu kandidieren – wenn sie nicht Oligarchen oder Figuren des Kremls sind. Die Runde der künftigen »Kandidaten« wird in der Präsidentenadministration aus dem von Putin ernannten »Nachfolger«, den Führern von ihr kontrollierter Parteien und anderen bequemen Sparringspartnern und Klonen zusammengestellt.

Selbst wenn wir für einen Augenblick annehmen, dass Dmitrij Medwedjew nicht der schlechteste unter den sonst möglichen »Nachfolgern« ist, so bleibt die Art der Machtübergabe in der Form wie im Inhalt verfassungswidrig.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Opposition wie der Gesellschaft insgesamt muss der Kampf für freie und faire Wahlen in Russland sein.

Ich weiß, dass ich im Falle einer Teilnahme an den Präsidentenwahlen mit der Unterstützung von Millionen russischer Bürger hätte rechnen können. Mir ist klar, dass meine Nichtteilnahme viele meiner Anhänger enttäuschen wird. Aber man muss der Wahrheit ins Auge sehen – eine Teilnahme ist heute unmöglich!

Ich danke allen aufrichtig, die mich beim Versuch einer Kandidatur unterstützt haben, allen, die deshalb der Wahlkommission geschrieben haben, und auch allen Mitgliedern der RPR und ihren Anhängern für ihre Unterstützung und ihr Verständnis. Ich habe keinen Zweifel, dass die Verfassung, die Souveränität des Volkes, dass unsere Prinzipien letztendlich obsiegen werden.

Wladimir Ryschkow

14. Dezember 2007

Moskau

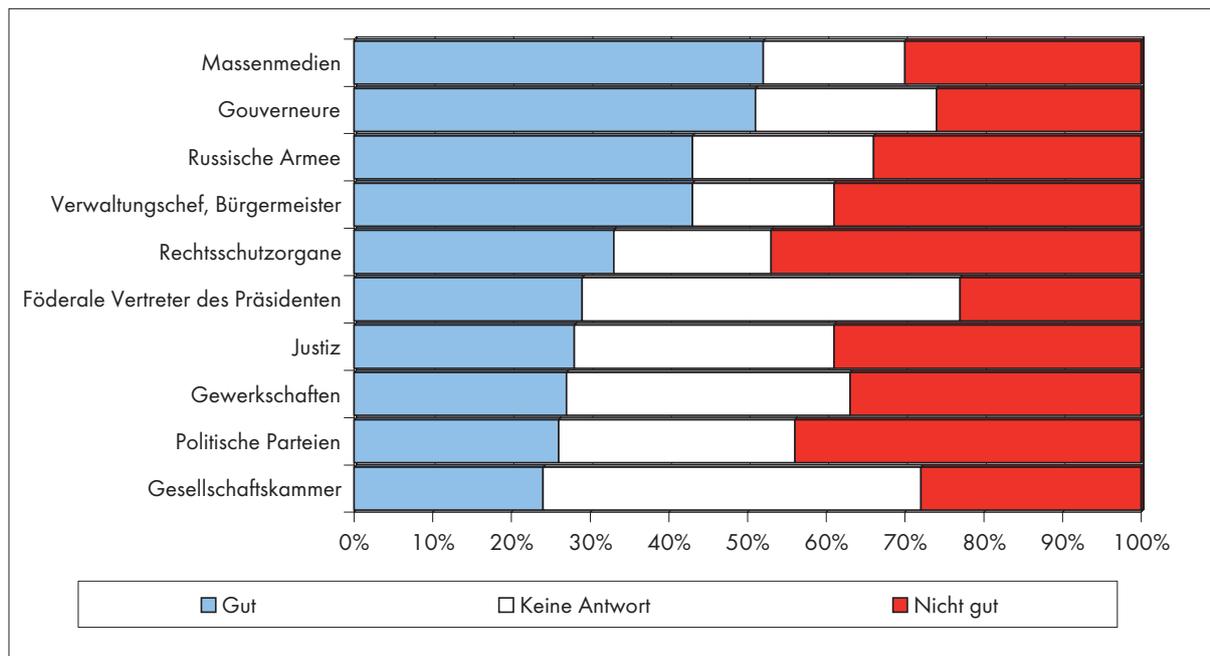
Übersetzung: Jens Siegert, Moskau

Umfrage

Wie bewerten Sie die Arbeit der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen?

Quelle: Umfragen des WZIOM, Januar–November 2007 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9326.html>

Wie bewerten Sie die Tätigkeit der sozialen und politischen Institutionen des Landes?



Wie bewerten Sie die Tätigkeit der Exekutive in Ihrer Region?

	Insgesamt	Föderationsbezirke*						
		ZFO	SZFO	JuFO	PFO	UFO	SFO	DFO
Heißen Sie die Tätigkeit des Bevollmächtigten des Präsidenten der RF in Ihrem Föderationsbezirk gut?								
Ich heiße sie gut	29%	19%	18%	39%	38%	44%	28%	18%
Ich heiße sie nicht gut	23%	21%	18%	26%	18%	15%	36%	29%
Keine Antwort	48%	60%	64%	35%	44%	41%	36%	53%
Heißen Sie die Tätigkeit des Gouverneurs unserer Region gut?								
Ich heiße sie gut	51%	43%	36%	49%	66%	53%	66%	41%
Ich heiße sie nicht gut	26%	25%	30%	37%	20%	22%	24%	26%
Keine Antwort	23%	32%	34%	14%	14%	25%	10%	33%
Heißen Sie die Tätigkeit des Verwaltungschefs, Bürgermeisters gut?								
Ich heiße sie gut	43%	47%	45%	38%	48%	35%	46%	30%
Ich heiße sie nicht gut	39%	39%	36%	49%	31%	30%	41%	49%
Keine Antwort	18%	14%	19%	13%	21%	35%	13%	21%

* – *Verwendete Abkürzungen: ZFO – Föderationsbezirk Zentralrussland, SZFO – Föderationsbezirk Nordwest, JuFO – Föderationsbezirk Südrussland, PFO – Föderationsbezirk Wolga, UFO – Föderationsbezirk Ural, SFO – Föderationsbezirk Sibirien, DFO – Föderationsbezirk Fernost.*

Heißen Sie die Tätigkeit von ... gut? (»+« - ich heiße sie gut; »-« - ich heiße sie nicht gut; »0« - keine Antwort)

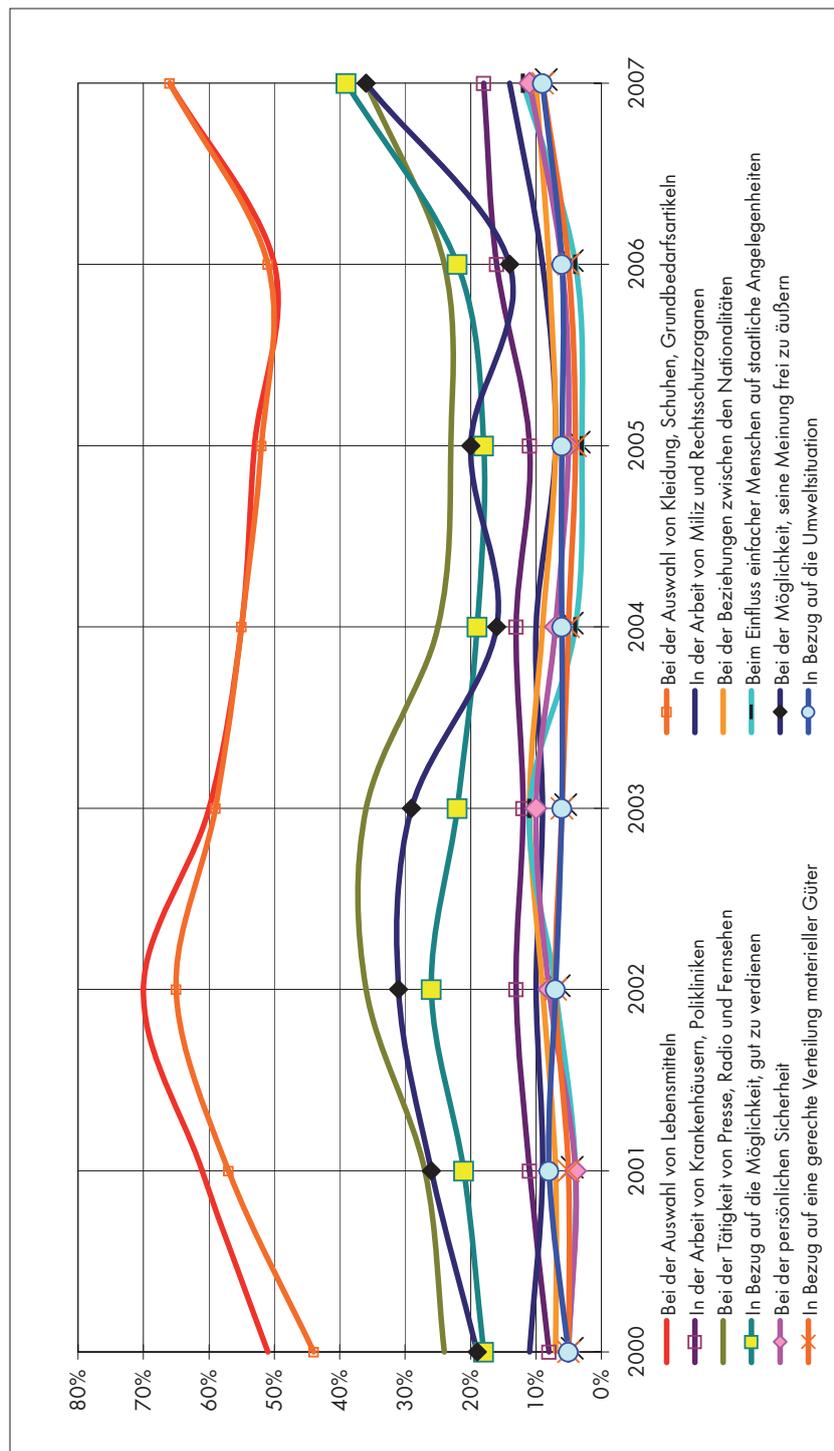
	Russische Armee		Rechtsschutzorgane		Justiz		Massenmedien		Politische Parteien		Gewerkschaften		Gesellschaftskammer		Vertreter des RF in Föderationskreisen		Dem Gouverneur der Region		Dem Leiter der Administration, Bürgermeister										
	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-									
Jan 2007	45%	38%	17%	33%	51%	16%	27%	43%	30%	57%	29%	14%	23%	50%	27%	22%	44%	34%	26%	48%	27%	26%	47%	51%	32%	17%	40%	43%	17%
Feb 2007	46%	36%	18%	31%	52%	17%	24%	46%	30%	51%	33%	16%	19%	51%	30%	23%	44%	33%	25%	48%	26%	26%	48%	50%	31%	19%	39%	42%	19%
Mrz 2007	46%	38%	16%	32%	53%	15%	23%	45%	32%	55%	31%	14%	18%	53%	29%	19%	44%	37%	23%	50%	23%	26%	51%	49%	33%	18%	37%	47%	16%
Apr 2007	45%	37%	18%	32%	50%	18%	28%	43%	29%	56%	29%	15%	22%	48%	30%	23%	40%	37%	26%	49%	25%	24%	51%	52%	32%	16%	41%	42%	17%
Mai 2007	44%	36%	20%	30%	51%	19%	28%	43%	29%	54%	29%	17%	23%	48%	29%	22%	40%	38%	27%	46%	28%	24%	48%	52%	30%	18%	42%	40%	18%
Jun 2007	46%	34%	20%	33%	47%	20%	27%	42%	31%	52%	29%	19%	22%	47%	31%	20%	39%	41%	23%	50%	26%	25%	49%	50%	31%	19%	43%	40%	17%
Jul 2007	46%	34%	20%	33%	50%	17%	27%	43%	30%	52%	31%	17%	23%	44%	33%	24%	37%	39%	25%	51%	24%	25%	51%	50%	30%	20%	40%	40%	20%
Aug 2007	41%	38%	21%	31%	49%	20%	26%	41%	33%	53%	30%	17%	21%	47%	32%	22%	38%	40%	22%	51%	26%	24%	50%	52%	27%	21%	40%	40%	20%
Sep 2007	45%	38%	17%	32%	50%	18%	28%	43%	29%	52%	33%	15%	23%	49%	28%	21%	40%	39%	23%	50%	26%	25%	49%	51%	32%	17%	39%	43%	18%
Okt 2007	42%	37%	21%	28%	49%	23%	23%	42%	35%	52%	29%	19%	24%	43%	33%	22%	38%	40%	23%	51%	26%	23%	51%	51%	30%	19%	39%	41%	20%
Nov 2007	43%	34%	23%	33%	47%	20%	28%	39%	33%	52%	30%	18%	26%	44%	30%	27%	37%	36%	24%	48%	29%	23%	48%	51%	26%	23%	43%	39%	18%

Umfrage

Was hat sich geändert: Die Jahre 2000–2007 in der Bewertung der Bevölkerung

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, 20.–23. November 2007 <http://www.levada.ru./press/2007120703.html>

Wie hat sich die Lage in bestimmten Lebensbereichen geändert?
(Anteil der Respondenten, die von einer Besserung der Lage ausgehen)



Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Lage der Dinge im jeweiligen Jahr geändert...

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Bezüglich der Auswahl von Lebensmitteln?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	51%	61%	70%	60%	55%	53%	50%	66%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	6%	7%	8%	9%	7%	7%	9%	9%
Die Lage hat sich nicht geändert	40%	30%	22%	30%	37%	38%	38%	23%
Keine Antwort	3%	2%	1%	1%	2%	2%	3%	2%
Bezüglich der Auswahl von Kleidung, Schuhen, Grundbedarfsartikeln?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	44%	57%	65%	59%	55%	52%	51%	66%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	8%	8%	10%	9%	8%	7%	8%	8%
Die Lage hat sich nicht geändert	43%	31%	23%	29%	36%	38%	36%	23%
Keine Antwort	5%	4%	3%	3%	2%	3%	4%	2%
In Bezug auf die Arbeit von Krankenhäusern, Polikliniken?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	8%	11%	13%	12%	13%	11%	16%	18%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	45%	52%	50%	45%	39%	41%	30%	47%
Die Lage hat sich nicht geändert	40%	32%	33%	37%	39%	40%	46%	29%
Keine Antwort	7%	6%	5%	6%	8%	8%	9%	6%
In Bezug auf die Arbeit von Miliz und Rechtsschutzorganen?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	11%	9%	10%	9%	10%	7%	9%	14%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	30%	40%	41%	36%	29%	35%	25%	39%
Die Lage hat sich nicht geändert	48%	40%	38%	40%	46%	45%	51%	36%
Keine Antwort	11%	11%	11%	14%	15%	13%	15%	11%
Bezüglich der Tätigkeit von Presse, Radio und Fernsehen?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	24%	27%	36%	36%	25%	23%	24%	36%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	16%	21%	24%	15%	19%	19%	14%	18%
Die Lage hat sich nicht geändert	52%	42%	36%	39%	50%	51%	53%	37%
Keine Antwort	8%	10%	5%	10%	6%	7%	9%	9%
Bezüglich der Beziehungen zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	7%	7%	9%	11%	9%	7%	8%	10%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	37%	44%	53%	41%	41%	40%	39%	49%
Die Lage hat sich nicht geändert	48%	40%	34%	38%	43%	45%	44%	33%
Keine Antwort	8%	9%	5%	10%	7%	8%	9%	8%
In Bezug auf die Möglichkeit, gut zu verdienen?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	18%	21%	26%	22%	19%	18%	22%	39%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	25%	32%	36%	35%	37%	35%	26%	28%
Die Lage hat sich nicht geändert	46%	35%	31%	35%	37%	39%	45%	24%
Keine Antwort	11%	13%	8%	8%	7%	8%	8%	9%

Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Lage der Dinge im jeweiligen Jahr geändert...

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Bezüglich des Einflusses einfacher Menschen auf staatliche Angelegenheiten?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	5%	4%	7%	11%	4%	3%	4%	12%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	27%	37%	36%	25%	33%	32%	23%	30%
Die Lage hat sich nicht geändert	60%	48%	49%	54%	55%	56%	61%	48%
Keine Antwort	9%	11%	9%	11%	9%	10%	12%	11%
Bezüglich der eigenen Sicherheit von Bürgern?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	5%	4%	8%	10%	7%	5%	6%	11%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	41%	55%	57%	47%	50%	44%	33%	44%
Die Lage hat sich nicht geändert	49%	36%	31%	37%	37%	45%	53%	38%
Keine Antwort	5%	6%	4%	6%	6%	5%	7%	8%
Bezüglich der Möglichkeit, seine Meinung frei zu äußern?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	19%	26%	31%	29%	16%	20%	14%	36%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	18%	19%	20%	15%	18%	17%	13%	17%
Die Lage hat sich nicht geändert	56%	45%	42%	48%	58%	55%	62%	39%
Keine Antwort	8%	11%	7%	8%	8%	8%	11%	9%
In Bezug auf eine gerechte Verteilung materieller Güter?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	5%	5%	7%	6%	5%	4%	5%	9%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	40%	51%	48%	42%	43%	44%	36%	46%
Die Lage hat sich nicht geändert	47%	32%	37%	43%	44%	42%	48%	32%
Keine Antwort	9%	12%	8%	9%	8%	10%	10%	13%
In Bezug auf die Umweltsituation?								
Die Lage hat sich zum Besseren geändert	5%	8%	7%	6%	6%	6%	6%	9%
Die Lage hat sich zum Schlechteren geändert	52%	56%	60%	61%	54%	59%	48%	63%
Die Lage hat sich nicht geändert	36%	27%	29%	28%	35%	31%	39%	22%
Keine Antwort	7%	10%	4%	5%	6%	4%	7%	6%

Chronik

Vom 13. bis zum 20. Dezember 2007

13.12.2007	Sergej Schmatko, Präsident von Atomstrojekспорт teil mit, dass sich sein Unternehmen und iranische Stellen die Streitigkeiten über Bushehr bereinigt und sich auf einen Zeitplan für die Fertigstellung des Atomkraftwerks geeinigt hätten.
13.14.12.2007	In Minsk treffen die Präsidenten von Belarus und Russland, Lukaschenko und Putin zusammen.
14.12.2007	Wladimir Ryshkow, bisher direkt gewählter Abgeordneter der Duma, gibt bekannt, dass er nicht für als Präsident kandidieren wird, da die Rahmenbedingungen einen fairen Wettbewerb nicht zulassen.
14.12.2007	In Bayern geht die gemeinsame russisch-amerikanische Übung »Torgau 2007« zu Ende, die am 2.12. begonnen hat.
15.12.2007	Der Generalstaatsanwalt weist seine Behörde an, die Aktivitäten des »Untersuchungskomitees« (Sledstwenyj komitet) zu untersuchen.
15.–16.12.2007	Während eines Feuergefechts in Grosny werden vier Untergrundkämpfer getötet. Auch die Sicherheitskräfte erleiden Verluste.
16.12.2007	Russische Medien berichten, dass die Wochenzeitung »Moskowskie nowosti« am 1. Januar 2008 sein Erscheinen einstellt. Chefredakteur war zuletzt Witalij Tretjakow.
17.12.2007	Die russische Seekriegsflotte teilt mit, dass sie in der Barentssee erfolgreich einen Test mit einer von einem U-Boot der Tula-Klasse abgefeuerten SLBM durchgeführt hat.
17.12.2007	Der griechische Ministerpräsident Kostas Karamanlis trifft zu einem dreitägigen Besuch in Moskau ein. In den Gesprächen mit Putin geht es u.a. um eine Verdoppelung der Energielieferungen an Griechenland.
17.12.2007	Russland beginnt mit der Lieferung nuklearen Brennstoffs für das Atomkraftwerk Bushehr im Iran.
17.12.2007	Im Zusammenhang mit dem Fall des festgenommenen Stellvertretenden Finanzministers Stortschak wird Igor Krugljakow, Aufsichtsratsmitglied der Interregional Investment Bank verhaftet.
17.12.2007	Die »Nowaja gaset« meldet, dass dem inhaftierten Energiemagnaten Michail Chodorkowskij wegen Verstößen gegen die Gefängnisordnung eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung verweigert wird.
17.12.2007	Der Parteitag von »Einiges Russland« nominiert offiziell Dmitrij Medwedjew als Präsidentschaftskandidaten.
17.12.2007	In seiner Rede vor dem Parteitag von »Einiges Russland« erklärt Putin seine Bereitschaft, unter einem Präsidenten Medwedjew das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen.
18.12.2007	Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier besucht Moskau und eröffnet gemeinsam mit dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Präsidentschaftskandidaten Dmitrij Medwedjew und dem Vorstandsvorsitzenden von Gazprom, Aleksej Miller, die Arbeiten im Jushno-russkoe Öl- und Gasfeld, an denen neben Gazprom auch BASF und E.on beteiligt sind.
18.12.2007	Präsident Putin führt Gespräche mit dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier.
19.12.2007	Das Magazin »Time« benennt Putin zur »Person des Jahres«
19.12.2007	Der Föderale Dienst zur Wahrung des kulturellen Erbes (Rosswjasochrankultura) untersagt es vier russischen Museen, 120 Bilder, die Teile einer Ausstellung in Düsseldorf waren, für eine geplante Folgeausstellung in London freizugeben.
20.12.2007	Die Presseagentur RIA Novosti teilt mit, dass der Leiter der Präsidentschaftsadministration Sergej Sobjanin, den Wahlkampfstab von Dmitrij Medwedjew leiten wird.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themen-bereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de